



Der Magistrat

Dezernat für Soziales, Bildung,  
Wohnen und Integration

Stadtrat Christoph Manjura

Ortsbeirat des Ortsbezirkes  
Wiesbaden Westend/Bleichstraßeüber  
100200

19. Oktober 2021

**Sitzung des Ortsbeirats des Ortsbezirks Wiesbaden-Westend/Bleichstraße, TOP 22:  
Planungsstand und konkrete Nutzung der zusätzlichen Finanzmittel im Rahmen des  
Projektes #WOHIN; Beschluss-Nr. 0102**

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist bekannt, dass es seit Jahren, insbesondere aus dem Bereich der drei Innenstadtortsbeiräte (Westend, Mitte und Rheingauviertel/Hollerborn), Beschwerden hinsichtlich Personen gibt, die im öffentlichen Raum Störungen verursachen, z. B. durch campieren, offenen Alkohol- und Drogenkonsum, Belästigungen von Passanten, aggressives Betteln, Lautstärke und Müllansammlung. Bisher wurden unterschiedliche Organisationseinheiten und Institutionen dazu einzeln kontaktiert, was nicht dazu führte, dass nachhaltige, zielführende Maßnahmen ergriffen werden konnten. Innerhalb der Stadtverwaltung sind besonders betroffen das „Ordnungsdezernat“ und das „Sozialdezernat“, daneben aber auch die für Gestaltung, Stadtplanung, Toiletten u. a. zuständigen Bereiche, was bedeutet, dass nahezu alle Dezernate mit der Thematik beschäftigt sind. Rückmeldungen zu Beschwerden erfolgten bisher überwiegend nur für den eigenen Zuständigkeitsbereich- ohne dabei die Gesamtproblematik mit einzubeziehen.

Im Frühjahr 2021 nahm das Sozialleistungs- und Jobcenter diese Situation zum Anlass, das Projekt #WOHIN zu gründen. Ziele dabei sind, Probleme und Störungen, die auffällige Personen im öffentlichen Raum verursachen, ganzheitlich zu bearbeiten und sich dabei nicht auf einzelne Sozialräume/Plätze zu beschränken. Voraussetzung dafür ist die Vernetzung aller Akteure (Sozialleistungs- und Jobcenter- insbesondere die Abteilung Unterbringungsmanagement und Wohnungsnotfallhilfe, Diakonisches Werk, Caritas, Suchthilfezentrum, Landespolizei, Stadtpolizei und andere) und Kenntnisse über die in Wiesbaden bereits vorhandenen Angebote.

Es besteht Einigkeit dahingehend, dass nur eine gemeinsame, abgestimmte Vorgehensweise aller Akteure nachhaltig und erfolgversprechend sein kann; dazu gehört auch der regelmäßige Austausch über die Erfahrungen und Informationen zu Strategien im Einzelfall. Auch mit den drei Innenstadtortsbeiräten wurden bereits konkrete Ideen und Toleranzgrenzen besprochen.

Das Projekt #WOHIN ist auf Dauer angelegt. Es findet eine ständige Begleitung durch die Abteilung Sozialplanung im Amt für Soziale Arbeit statt. Die Dokumentation des Verlaufs und die regelmäßige Berichterstattung sind fester Bestandteil des Gesamtprojektes. Darüber hinaus ist eine Einbindung der Hochschule Rhein-Main geplant. Um nachhaltig erfolgreich zu sein, ist es erforderlich, mehr Informationen über die Menschen, deren Situation und Interessen zu erheben.

Um die in Wiesbaden bestehende Situation zu verbessern, sind insbesondere folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Identifizierung der verschiedenen Personengruppen, die sich regelmäßig im öffentlichen Raum auffällig verhalten.
- Erhebung von Bedarfslagen - sowohl im Hinblick auf die Betroffenen im Einzelfall als auch für Bürgerinnen und Bürger sowie Anwohnerinnen und Anwohner.
- Entwicklung von Strategien und Perspektiven im Einzelfall durch Ausweitung von Straßensozialarbeit, auch in den Abend- und Nachtstunden.
- Vermeidung von größeren Ansammlungen an einzelnen Plätzen. Hierbei ist sowohl eine Unterstützung der Ordnungsbehörden erforderlich als auch ein abgestimmter Plan. Eine ungeordnete Verdrängung soll ausgeschlossen werden.
- Umsetzung zielführender stadtgestalterischer Maßnahmen, z. B. Aufstellung von Bänken (ggf. klappbar) und Toiletten an abgestimmten, geeigneten Orten.
- Eng vernetzte Zusammenarbeit der zuvor genannten Akteure, auch mit Politik und Ehrenamtlichen.
- Einrichtung einer Koordinierungsstelle im Sozialleistungs- und Jobcenter (Abteilung Unterbringungsmanagement und Wohnungsnotfallhilfe) zur Steuerung von Anfragen, Beschwerden u. a.

Ohne den Einsatz von Straßensozialarbeit in größerem Umfang als bisher wird eine Veränderung der aktuellen Situation nicht möglich sein. Dementsprechend soll das bisherige Angebot ergänzt werden durch ein Konzept des Caritasverbandes, welches sich auf die Abend- und Nachtstunden konzentriert; darüber hinaus durch den budgetneutralen Einsatz von Straßensozialarbeiterinnen und -arbeitern im Sozialleistungs- und Jobcenter. Der Caritasverband sieht ein zunächst dreijähriges Projekt vor, welches wissenschaftlich begleitet werden soll. In der Innenstadt sollen zusätzliche Straßensozialarbeiterinnen und -arbeiter in den Abend- und Nachtstunden eingesetzt werden. Eine dementsprechende Sitzungsvorlage ist im Geschäftsgang und wurde bereits in die Haushaltsplanberatungen verwiesen. Beantragt wurden dafür Kosten in Höhe von jährlich 105.108 €, zunächst befristet auf drei Jahre.

Sowohl im Kommunalen Jobcenter/ Kommunale Arbeitsvermittlung als auch in der Abteilung Interner Service, Unterbringung und Soziales für Wohnungslose und Geflüchtete sollen künftig Mitarbeitende tagsüber aufsuchende Sozialarbeit mit unterschiedlichen Schwerpunkten (Unterbringung/Arbeit) leisten.

Durch das weiter entwickelte Unterbringungsmanagement im Sozialleistungs- und Jobcenter können Menschen ohne eigene Unterkunft bzw. festen Wohnsitz zwischenzeitlich individuelle

Angebote unterbreitet werden. Das Fallmanagement Wohnen, welches Anfang nächsten Jahres eingeführt wird, unterstützt dieses Vorhaben.

Flankierend stehen die zahlreichen Angebote der Träger wie Diakonisches Werk, Caritas und Suchthilfezentrum zur Verfügung, die durch die nun stattgefunden Vernetzung noch effektiver genutzt werden können.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, consisting of several fluid, overlapping loops and strokes, positioned below the closing text.